

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wilsdruff-Dresden
Postfach: Dresden 2640
Freitag, den 23. September 1933

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 224 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 23. September 1933

Das russische Experiment.

Würde es sich nicht um das Schicksal des größten zusammenhängenden Reiches auf dem Erdball, um das Schicksal also eines erheblichen Teiles der Menschheit handeln, würde in Sowjetrußland von der polnischen Grenze bis zum Fernen Osten nicht eine allen anderen Staaten gegenüber tretende politische Idee regieren, dann könnte man mit einem objektiven Interesse dem riesenhaften Wirtschaftsexperiment zusehen, das vom Zentralpunkt Moskau aus auf diesen gewaltig-unabsehbaren Flächen des europäischen und asiatischen Rußlands versucht wird. Einfach durch sein Dasein, durch seine Schwere sozusagen hat es sich zum großen Teil aus der politischen Isolierung der Nachkriegszeit befreit. Und mit jener Schwere hat es sich allmählich hineingedrängt auch in das letzte Weltwirtschaftssystem, als dessen Feind Sowjetrußland entstand und mit dem es heute eine Art Waffenstillstand abgeschlossen hat, so daß etwaige Ausbrüche „weltrevolutionärer“ Ideen des russischen Kommunismus sich jetzt schon reichlich überholt anhören. So sehr hat man sich von Moskau aus in die wirklichen Hintergründe heutigen weltpolitischen Geschehens eingeleiert, daß die Weltung gar nicht unwahrscheinlich erscheint, Rußland habe sich mit Japan wegen des Mandchureneinkaufs mittels einer Vereinbarung geeinigt, wonach Japan künftig seinen Bedarf an Erdölprodukten nicht mehr wie bisher in Amerika, sondern in Rußland decken will und Moskau sich an den politischen Gleichgewichtsverschiebungen für „uninteressiert“ erklärt.

Einzigerartig ist dieses riesenhafte Wirtschaftsexperiment auch dadurch, daß es mit einer wohlbehüteten „chinesischen Mauer“ der Absperrung umgeben ist. Nur die Zentrale in Moskau vermag zu sagen, ob überhaupt und inwieweit dieses Experiment geplatzt ist und welche Aussichten es hat. Sie können es in Moskau sagen, aber sie sagen nur, was ihnen als zweckmäßig erscheint. Daß der Ausländer in Rußland nur zu sehen bekommt, was er sehen soll, ist bekannt und beweist im übrigen nur, daß der Grundgedanke des Potemkinschen Dorferbaues vom Zarismus an den Bolschewismus weitervererbt worden ist. Daß aber die einst vor 40 Jahren von dem Zarenminister Bitte begonnene Industrialisierung unter Verwendung der ungeheuren Bodenschätze große Fortschritte gemacht hat, ist schon aus manchen Fernwirkungen zu erkennen wie der oben erwähnten. Ein weiteres sei erwähnt: Rußland nimmt in Deutschland heute eine Stellung im Benzinimport ein, die für die Angloamerikaner eine schon fast überlegene Konkurrenz bedeutet und etwa ein Viertel des ganzen deutschen Benzinverbrauches deckt. Bekannt ist ja auch, daß Rußland für unsere Industrie ein großes Absatzgebiet bedeutet. Allerdings ist bei den riesigen „Russenaustträgen“ zu beachten, daß sich Lieferung und Bezahlung häufig auf mehr als Jahresfristen erstrecken. Die schon sehr weit fortgeschrittene Industrialisierung namentlich des russischen Südens ist ermöglicht und notwendig durch die Standortfrage, die durch Erdöl, Kohle und Eisen bestimmt wird. Augenzeugen glauben bestätigen zu können, daß es sich hier durchaus nicht um Potemkinsche Dörfer handelt, sondern daß die amtlichen Produktionsziffern wirklich nicht allzu übertrieben sind. Man hat andererseits aber auch offen zugegeben, daß die Ziele des ersten Fünfjahresplans nicht erreicht worden sind. Die Gefahr, daß nun Rußland als übermächtiger Konkurrent auf dem industriellen Weltmarkt auftreten könnte, ist durchaus nicht abzuwehren; man empfindet die russische Industrieausfuhr nur hier und da als einen unangenehmen Störenfried, mit dem man sich aber auch schon zu Vereinbarungen hat einigen können. Und zwar auf durchaus „kapitalistischer“ Grundlage!

Weit riesenhafter noch, und zwar schon rein dem Umfang und der räumlichen Ausdehnung nach, ist das bolschewistisch-kommunistische Experiment an der eigentlichen Lebensgrundlage Rußlands, an der Landwirtschaft. Daß es mißglückt ist, wird kaum noch bestritten. Was ist aus der gewaltigen Agrarreform des zaristischen Rußlands geworden? Die natürliche Quelle hierfür ist verstopft, und wenn Exportmassen in den letzten Jahren auftauchten, so konnte das nur geschehen, weil sie dem Binnenkonsum durch staatliche Zwangsmaßnahmen, durch den Ablieferungszwang entzogen wurden. Offen wird jetzt zugegeben, daß dieser Ablieferungszwang zu einer starken Anbauverengung geführt hat, die über die Erzeugung der Eigenbedarfsdeckung des „Ruschi“ vielerorts kaum noch hinausgeht, also eine „Sabotage“ dieser Seite des Fünfjahresplans darstellt. Man bestreitet gar nicht mehr, daß der „planwirtschaftliche“ Aufbau der Lebensmittelerzeugung und -versorgung im Zusammenbrechen ist, und hält daher die Fägel zur Befriedigung des „privaten Egoismus“ schon sehr viel lockerer. Stalin, der heutige Beherrscher Rußlands, ist eben nicht mehr so wirklichkeitsfremd wie sein Gegner Trotzki, der das System des Marxismus bis in die letzten, äußersten Folgerungen durchzuführen wollte. An der Wirklichkeit zerstört sich dieses System den Kopf, hat aber vorher doch erreicht, daß es das Lebensniveau der russischen Massen auf einen menschenwürdigen Tiefstand heruntergedrückt hat. Weil dieser Tiefstand, diese Ausschaltung eines riesigen Reiches als Konsument einen so großen Teil unseres Erdballs umfaßt, deswegen ist dieser Konsumausfall auch mit

Aufruf des Kanzlers für die Winterhilfe

Dienst am Vaterland.

Der Reichskanzler über die Winterhilfe.
In der Stunde für die Winterhilfe sprach Reichskanzler von Papen.

Der Kanzler führte u. a. aus: Meine lieben Landsleute! Heute wendet sich das Winterhilfswerk an Sie und das ganze deutsche Volk mit der dringlichen Bitte, es auch im kommenden Winter durch freiwillige Spenden aller Art bei der Betreuung bedürftiger Volksgenossen zu unterstützen. Die Reichsregierung macht sich gern durch mich zum Fürsprecher dieser Bitte, welche die in der Deutschen Liga der Freien Wohlfahrtspflege zusammengefaßten Wohltätigkeitsorganisationen an alle, die helfen können, ergehen lassen.

Auf unserem deutschen Vaterlande liegen noch immer dunkle Schatten. Wohl lassen manche Anzeichen erkennen, daß sich in der Welt hier und dort gewisse Aufhellung verbreitet. Es regen sich neue Hoffnungen, daß nach der grausamen Zerstörungslut, mit der Krieg und Nachkrieg alle Kontinente der Erde überschwennt hat, neuer Grund austauchen wird, auf dem wirtschaftliches Leben wieder gedeihen kann.

Die Reichsregierung hat für den Zeitpunkt, an dem sich eine neue, aufstrebende Entwicklung anbahnt, ihrerseits Maßnahmen getroffen, um die deutschen Wirtschaftskräfte aus ihrem Erstarrungszustand wieder zu neuer Entfaltung zu bringen. Sie hat damit den

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit als eine der offenkundigen Erscheinungen des unerschuldeten Glucks von Millionen darben der Volksgenossen und ihrer Familie mit Entschlossenheit aufgenommen. Sie erwartet zuverlässig, daß sich ihre Maßnahmen schon in den nächsten Wochen heilsam auswirken werden, und daß das Gefühl der Hoffnungslösung und Mitleidigkeit, von der manche Kreise zu Zeiten erfasst gewesen sein mögen, bald einer zuverlässigeren Betrachtung weichen wird. Ein derart stetiger Gesundungsprozess erfordert jedoch seine Zeit. Deshalb wird auch der kommende Winter

dem Gemeinschaftsinn des deutschen Volkes neue große Aufgaben stellen. Bei der Massenlosigkeit der Verarmung reichen trotz des größten Aufwandes öffentliche Mittel die staatlichen und gemeindlichen sozialen Einrichtungen nur eben hin, um einen äußersten Lebensbedarf sicherzustellen. Die Opfer-

fähigkeit eines jeden ist bis zum äußersten in Anspruch genommen. Den meisten wird es schwer fallen, noch etwas von dem abzugeben, was sie ihr Eigen nennen oder mit Sorgen und Mühen für ihre Familien erwerben. Mancher, der gern leben möchte, wird glauben, hierzu nicht in der Lage zu sein. Viele sind selbst in Not geraten, die noch vor einem Jahr anderen helfen konnten. Um so größerer Anstrengungen wird es bedürfen, um mit den Sammlungsleistungen gegenüber dem Vorjahre nicht zurückzufallen. Aus den Grundbindungen jeden nationalen Zusammenhaltens,

Familie, Heimat, Vaterland, ergibt sich aber die Pflicht zum persönlichen Dienst des einen am andern. — Auch das Winterhilfswerk ist Dienst am Vaterland!

Ich bin überzeugt, daß auch der diesmalige Appell an die Opferbereitschaft nicht vergeblich sein wird. Der erbarmungslose Lebenskampf des einzelnen ist ja nur ein Teil des großen Kampfes, in dem Deutschland als Ganzes steht, in dem es um seinen Bestand, sein Dasein, seine Zukunft ringt. Es ist ein Freiheitskampf, wie ihn Preußen vor 120 Jahren gekämpft hat.

Jeder gebe daher nach Kräften und sei es die unscheinbarste Spende! Sie wird den notleidenden Volksgenossen ein Zeichen dafür sein, daß auch in dem leidenschaftlichsten Streit der Meinungen ein unzerbrechbares Band menschlicher Verbundenheit alle die umschließt, die sich Deutsche nennen.

„Mitleid allein genügt nicht!“

In der Stunde für die Winterhilfe sprach im Rundfunk nach dem Reichskanzler noch Generalinspektendent D. Karow für die freie Wohlfahrtspflege. Er führte u. a. aus: Die größte der Not muß uns bis in die Tiefe der Seele erschüttern. Aber Mitleid allein genügt nicht. Als solche, die mitleiden, müssen wir lernen, das wirkliche Mitleid sich nicht in leeren Empfindungen und Worten erschöpfen, sondern zur Tat, zur Hilfe wird. Prof. Dr. Langstein, Präsident des fünften Wohlfahrtsverbandes, hielt es in seiner Ansprache für erwiesen, daß es zu einem großen Teil der vorjährigen Winterhilfe zu verdanken sei, wenn namentlich unser Nachwuchs sich noch gesund zu erhalten vermochte. Eine neue, in ihren Erfolgen nicht zurückbleibende Winterhilfe tue jedoch dringend not.

Abrüstung nicht Aufrüstung

Die Gleichberechtigung eine Lebensfrage Deutschlands.

Der Reichsaußenminister über seine Aufgabe in Genf.

Die Verhandlungen über die allgemeine Abrüstung sind an einem wichtigen Punkt angelangt. Es wird sich bald entscheiden müssen, ob die allgemeine Abrüstung, diese große Friedenshoffnung der Völker, in der Gegenwart möglich ist oder nicht, ob die Erwartungen, die sich an den Zusammentritt der Allgemeinen Abrüstungskonferenz und an den Verlauf ihrer ersten Phase knüpfen, begründet waren oder ob eine große Enttäuschung bevorsteht. Den Standpunkt Deutschlands zur Abrüstungskonferenz beleuchtet in diesem kritischen Augenblick ein Artikel des Reichsaußenministers von Neurath in der Zeitschrift der Deutschen Liga für Völkerbund. Es heißt darin u. a.:

Die allgemeine Abrüstung hat vor über zwölf Jahren begonnen, als Deutschland seine Unterschrift unter die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages setzte und sich damit zu einer radikalen Abrüstung verpflichtete. Die deutsche Abrüstung war nach dem klaren Wortlaut des Vertrages nur die

Einleitung zur allgemeinen Abrüstung. Die einseitige deutsche Entwaffnung sollte nur ein Übergangsstadium zur allgemeinen Entwaffnung sein, sollte dieser sozusagen den Weg bahnen. Nur unter dieser Voraussetzung haben Deutschlands Vertreter der Ab-

rüstung Deutschlands zugestimmt. Nur in diesem Sinne wurde die deutsche Abrüstung von den Siegermächten gefordert, wie in der Note vom 16. Juni 1919 mit aller Deutlichkeit ausgeführt ist.

Während die deutsche Abrüstung sofort nach dem Friedensschluß in Angriff genommen wurde und nach zwei Jahren in allen wesentlichen Punkten bereits durchgeführt war, ist

die allgemeine Abrüstung, die nach dem Artikel 8 seiner Satzung eine der Hauptaufgaben des Völkerbundes darstellt, heute, zwölf Jahre, nachdem sie feierlich versprochen worden ist, noch immer nicht begonnen.

Die deutsche Delegation hat immer wieder verlangt, daß das Abrüstungssystem des Versailler Vertrages für die allgemeine Abrüstung richtunggebend sein müsse. Sie hat das gefordert

im Namen der Gleichberechtigung und im Namen der Abrüstung.

Im Namen der Gleichberechtigung, weil nur eine Abrüstung, die nach gleichen Methoden und Maßstäben für alle Völker durchgeführt wird, dem Prinzip der Rechtsgleichheit entspricht, im Namen der Abrüstung, weil die deutsche Abrüstung, wie nicht bestritten werden kann, eine wirklich durchgreifende gewesen ist und die entscheidenden Faktoren der Abrüstung getroffen hat. Die deutschen Vertreter sind mit dieser Forderung nicht durchgedrungen. In der Resolution, mit der die erste Phase der Abrüstungskonferenz ihr Ende fand, wird ein System der allgemeinen Abrüstung skizziert, das von dem der deutschen Abrüstung sich gründlich unterscheidet, leider

im Sinne der Nichtabrüstung statt im Sinne der Abrüstung.

Es liegt auf der Hand, daß die Mitwirkung Deutschlands an der allgemeinen Abrüstung, seine Beteiligung an den Abrüstungsverhandlungen in Genf sinnlos und zwecklos wären, wenn die Konvention für die allgemeine Abrüstung, die das Ergebnis dieser Verhandlungen sein soll, nachher für Deutschland keine Gültigkeit besäße, sondern einen

Dauerzustand zweierlei Rechtes in der Wehrfrage